



Brüssel, den 8. Dezember 2025
(OR. en)

16400/25

**Interinstitutionelles Dossier:
2025/0227 (COD)**

CADREFIN 361	COEST 889
POLGEN 225	COLAC 214
RELEX 1651	COTRA 50
ACP 131	COWEB 170
DEVGEN 233	MAMA 282
COHOM 191	MOG 144
COHAFA 103	PTOM 26
COAFR 343	ELARG 164
COASI 165	GLOBAL GATEWAY 45

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Instruments „Europa in der Welt“
– *Fortschrittsbericht*

I. EINLEITUNG

1. Die Kommission hat am 17. Juli 2025 den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Instruments „Europa in der Welt“ vorgelegt.
2. Der Vorschlag ist Teil des Pakets zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2028-2034. Die Kommission schlägt vor, dass die künftige Verordnung zum Instrument „Europa in der Welt“ eine Reihe von derzeit bestehenden Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln¹ einbezieht und dadurch ersetzt.

¹ Instrument „NDICI/Europa in der Welt“, einschließlich der Finanzierung für MFA, des IPA III, der Reform- und Wachstumsfazilität für Moldau, der Ukraine-Fazilität, der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan und der Finanzmittel für humanitäre Hilfe.

3. Die Untergruppe Instrument „Europa in der Welt“ der Ad-hoc-Gruppe „Mehrjähriger Finanzrahmen“ (AHWP MFF Europa in der Welt) wurde unter dänischem Vorsitz mit der Aufgabe eingerichtet, die nicht in eckige Klammern gesetzten Bestimmungen des Vorschlags zu prüfen. Das Mandat der Untergruppe wurde am 23. Juli 2025 vom AStV gebilligt.
4. Die Beratungen der AHWP MFF Europa in der Welt finden in enger Abstimmung mit den horizontalen Verhandlungen statt, die in der horizontalen Ad-hoc-Gruppe „Mehrjähriger Finanzrahmen“ (AHWP MFF) sowie den Untergruppen der AHWP MFF für den Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und für die Nationalen und regionalen Partnerschaften abgehalten werden.
5. Die in eckige Klammern gesetzten Artikel und Erwägungsgründe des Vorschlags wurden nicht in der AHWP MFF Europa in der Welt erörtert, sondern an die AHWP MFF verwiesen.
6. Mit dem vorliegenden Sachstandsbericht möchte der Vorsitz den AStV über den Stand der Beratungen unterrichten.

II. STAND DER BERATUNGEN IM RAT

7. Unter dänischem Vorsitz trat die AHWP MFF Europa in der Welt im zweiten Halbjahr 2025 zwölfmal zusammen, darunter auch für eine Halbzeitüberprüfung, um die Arbeitsmethoden zu bewerten. Die AHWP MFF Europa in der Welt hat die nicht in eckige Klammern gesetzten Bestimmungen des Gesetzgebungsvorschlags in einer ersten Beratungsrunde, die am 24. November abgeschlossen wurde, eingehend geprüft. Die Delegationen gaben ihre ersten Stellungnahmen ab, schlugen mündlich und schriftlich Änderungen vor und hatten Gelegenheit, um Präzisierungen zu bitten. Die Kommissionsdienststellen stellten den Gesetzgebungsvorschlag zu „Europa in der Welt“ ausführlich vor und legten auf Ersuchen der Delegationen sowohl mündlich als auch schriftlich zusätzliche Informationen (*technische Anhänge und Präsentationen*) vor.

8. Der dänische Vorsitz ersuchte den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Rechnungshof um Stellungnahmen.
9. Der dänische Vorsitz beabsichtigt, am 15. Dezember einen ersten Kompromissvorschlag zum Instrument „Europa in der Welt“ einschließlich seiner Anhänge vorzulegen.

III. STAND DER ARBEITEN WÄHREND DES DÄNISCHEN VORSITZES

10. Die eingehende Prüfung der nicht in eckigen Klammern stehenden Bestimmungen führte zu einem Kompromisstext des Vorsitzes, in dem auf die von den Delegationen aufgeworfenen Fragen eingegangen wird. Der Vorsitz war bestrebt, die Bemerkungen und konkreten Textänderungen der Mitgliedstaaten aus der ersten Beratungsrounde in ausgewogener und kohärenter Weise auf der Grundlage klarer Grundsätze, die den Delegationen vorgelegt wurden, in den Kompromissvorschlag aufzunehmen. Zu den wichtigsten Grundsätzen gehörten die Einhaltung des allgemeinen Rahmens des Vorschlags, die Anwendung vereinbarter Formulierungen, sofern zutreffend, und die Herstellung von Ausgewogenheit zwischen den weiter gefassten politischen Linien und dem nuancierteren genauen Wortlaut.
11. Die Delegationen werden Gelegenheit haben, am 15. Dezember ihre ersten Stellungnahmen zum Kompromissvorschlag des Vorsitzes in der AHWP MFF Europa in der Welt darzulegen. Diese Arbeit wird unter dem nächsten Vorsitz weiter ausgebaut und fortgesetzt.
12. Ein flexibleres und vereinfachtes Instrument findet unter den Mitgliedstaaten breite Unterstützung. Gleichzeitig sind sich die Delegationen darin einig, dass der Rat eine stärker steuernde Rolle spielen muss, was in den Beratungen immer wieder zur Sprache gebracht worden ist. Die Delegationen haben betont, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Vorhersehbarkeit gefunden werden muss. Angesichts der Zusammenlegung mehrerer bestehender Instrumente fordern einige Delegationen eine größere Sichtbarkeit der Bewerberländer oder möglichen Bewerberländer und der wichtigen Rolle von humanitärer Hilfe.
13. Alle Delegationen betonen, dass eine angemessene Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Programmplanung und Umsetzung des Instruments „Europa in der Welt“ sichergestellt werden muss. Im Allgemeinen werden weitere Beratungen über die Querverbindungen zwischen dem Vorschlag, der Haushaltsordnung und der vorgeschlagenen Leistungsverordnung erforderlich sein, insbesondere im Hinblick auf die Transparenz der von der Kommission durchgeführten Maßnahmen.

14. Viele Delegationen haben hervorgehoben, wie wichtig die Unterstützung für die Ukraine sowie für die Bewerberländer oder möglichen Bewerberländer ist. Die Delegationen fordern ein ehrgeiziges Maß an Konditionalität und Sichtbarkeit, einschließlich einer klaren Rolle des Rates bei der Ausarbeitung der leistungsbasierten Pläne und der Bereitstellung leistungsbasierter Darlehen. Einige Delegationen äußerten Bedenken hinsichtlich der vorgeschlagenen Förderfähigkeitsregeln, insbesondere im Hinblick auf mögliche Kostensteigerungen.
15. Die AHWP MFF Europa in der Welt führte auch erste Beratungen über die externen Aspekte der Migration, im Rahmen derer bestätigt wurde, dass eine Reihe von Delegationen eine Stärkung der einschlägigen Bestimmungen durch die Einführung eines indikativen Ausgabenziels wünscht. Einige Delegationen äußerten Bedenken hinsichtlich der operativen Auswirkungen des Kommissionsvorschlags, da in der Verordnung keine thematischen Ausgabenziele vorgesehen sind.
16. Die Delegationen haben betont, dass Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, der Beseitigung der Armut, dem Klimawandel, der Gleichstellung der Geschlechter, den Rechten von Frauen und Mädchen, den Kinderrechten und der Jugend durchgängig berücksichtigt werden müssen. Die Delegationen sind besorgt über die Senkung des Ziels für die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) und lehnen es ab, der Kommission zu gestatten, das ODA-Ziel von 90 % im Wege eines delegierten Rechtsakts zu ändern.
17. Die Delegationen fordern eine weitere Präzisierung des Verhältnisses zwischen nicht programmierbaren und programmierbaren Maßnahmen sowie eine bessere Definition des Unterschieds zwischen den beiden. Es wurde hervorgehoben, dass nicht programmierbare Maßnahmen programmierbare Maßnahmen, die die überwiegende Mehrheit der Maßnahmen ausmachen sollten, ergänzen sollten.

IV. FAZIT

18. Bei der Prüfung des Vorschlags wurden greifbare Fortschritte erzielt.
19. Der dänische Vorsitz hat effiziente Arbeitsmethoden festgelegt und die Grundlage für eine Stärkung des Textes in Bezug auf Themen geschaffen, die für die Mitgliedstaaten von Bedeutung sind, insbesondere eine stärker steuernde Rolle des Rates, verstärkte Formulierungen zu Grundprinzipien der Europäischen Union (*Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Achtung des humanitären Völkerrechts und Armutsbekämpfung*), eine genauere Darstellung des jeweiligen Status der Bewerberländer oder möglichen Bewerberländer, eine Klarstellung der Verbindungen zu anderen Verordnungen und das richtige Verhältnis zwischen programmierbaren und nicht programmierbaren Maßnahmen.

20. Die AHWP MFF Europa in der Welt wird den Verordnungsentwurf unter zyprischem Vorsitz weiter prüfen.
 21. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, diesen Sachstandsbericht über den Vorschlag zu „Europa in der Welt“ zur Kenntnis zu nehmen und ihn dem Rat zu übermitteln.
 22. Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) wird ersucht, diesen Sachstandsbericht zur Kenntnis zu nehmen.
-